

Die sozialistische Kampfbühne über deren Namen...
Internationale, Wien, Angewandte, das eingehende...
Wort 175 M. wöchentlich Internationales...
Familien-Angelegenheiten und...
in Wien-Angelegenheiten...
Jahrespreis: Zentrum 152 30—152 39

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hermes als Empfänger von Liebesgaben?

Wie und wo erhält man am besten Wein und Sekt die Flasche zu 3.— Mark?

Wir erhalten folgende Mitteilungen, die einiges Aufsehen erregen dürften:

„Seit dem Anfang seiner politischen Laufbahn sind gegen Minister Dr. Hermes eine Reihe von Anklagen erhoben worden, die zum Teil recht ehrenrühriger Natur sind. Wie bekannt, haben sie ja auch schon vor mehr als Jahresfrist zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt, der gerade in letzter Zeit der Untersuchung einige wichtige neue Momente hinzugefügt. Nun hören wir, daß in parlamentarischen Kreisen bereits von einer neuen Sache gegen den Minister Hermes gesprochen wird, die, wenn sie sich als richtig herausstellt, ein so schweres Vergehen gegen Anstand und politische Sauberkeit darstellt, daß die Ministerlaufbahn von Hermes wohl zu Ende wäre.“

Herr Minister Dr. Hermes soll nämlich von einem rheinischen Winzer-Verband hervorragende Weine in großer Menge bezogen haben zu Preisen, die auf den ersten Blick das Kennzeichen der Bestechung tragen, nämlich zum ungefähr 15. bis 20. Teil des Handelspreises. Diese Liebeswürdigkeit soll dem Winzerverband auch von Seiten des Herrn Reichsernährungsministers nicht unbekannt geblieben sein, indem nämlich gerade dieser Verband im Gegenzug zu anderen sich bei Hermes großer Beliebtheit erfreute, was seinen Ausdruck auch in besonders guter Behandlung fand.

Wie gesagt, soll in dieser Sache ein parlamentarischer Schritt in Aussicht stehen, der eine sofortige Untersuchung und Amtsenthebung verlangt. Beruhen nämlich die hier von uns wiedergegebenen Behauptungen auf Tatsachen, dann ist dies ein derartig schwerer Fall von Korruption und Bestechung und Amtsmißbrauch, daß Herr Hermes wohl umgehend sein Amt niederlegen muß.

Bis sich jedoch diese Richtigkeit herausstellt, möchten wir im Interesse der Republik daran zweifeln. Angesichts der Beunruhigung, die eine solche Meldung, — und sei sie auch nur gerüchtelhafter Natur — in der Öffentlichkeit, namentlich in der republikanischen Öffentlichkeit, hervorruft, fordern wir Herrn Hermes auf, in seinem Interesse, in dem seiner Partei und in dem der Republik sofort zu erklären:

1. Daß er niemals Wein zu Ausnahmepreisen bezogen hat, noch dazu von einem Verband, der dienstlich irgendwie von ihm abhängig ist.
2. Daß er, selbst wenn dies unbegreiflicherweise der Fall wäre, niemals auch nur den Schatten einer Gegenleistung dafür gewährt hat.

Die Öffentlichkeit verlangt, daß Herr Hermes diese beiden Fragen einzeln und präzis beantwortet.“

Wenn auch der Verfasser seine Zuschrift mit großen Vorbehalten versehen hat, und anscheinend nicht daran glaubt, daß die ihr zugrundeliegenden Gerüchte auf Wahrheit beruhen, so wird man in anderen Kreisen ganz anderer Meinung darüber sein. Denn daß die von ihm auf Kosten

der Allgemeinheit so freigiebig gespendeten Liebesgaben schließlich auch entsprechende Gegenleistungen hervorrufen würden, ist durchaus nicht so unglaubwürdig.

Die beiden in der Zuschrift gestellten Fragen möchten wir aber durch zwei weitere ergänzen.

1. Ist es richtig, daß Sie für die Flasche Wein und Sekt drei deutsche Papiermark gezahlt haben?
2. Und haben Sie, „der beste landwirtschaftliche und Weinbaujahrerständige, geschult am internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom“, nicht sofort erkannt, daß es sich hier um einen Bestechungspreis handelt?

Auch wir erwarten also die sofortige Äußerung des Ministers Hermes, jede Verzögerung muß den Eindruck verstärken, daß sein Verhalten keine Rechtfertigung zuläßt.

Der neue Reichsfinanzminister

Der „fähigste Mann Deutschlands“

Noch ist die in Aussicht genommene Ernennung von Hermes zum Reichsfinanzminister nicht perfekt, aber schon freut man Weib und Kind über ihn, damit die Wähler staunen können über die vielen guten Eigenschaften, die der neue Finanzminister besitzt. Im „Berliner Tageblatt“ malt Erich Dombrowski Hermes' Bild in den schönsten Farben. Nach seiner Darstellung ist Hermes, der äußerlich „den Eindruck eines gelebten Regierungsassessors alten Stils macht“ der fähigste Mensch, den es gegenwärtig in Deutschland gibt. Er rühmt bei ihm die großen agrarökonomischen Kenntnisse und schildert dann, wie er Ernährungsminister wurde und was er als solcher getan hat.

„Hermes ging an einen langsamen Abbau der Zwangswirtschaft heran. Schließlich blieb nur noch das Umlageverfahren bestehen, das wenigstens die notwendigsten Bedürfnisse der Massen an Brotgetreide sicherte. Alles andere gab er frei, und die Produktion fing sich wieder zu heben an. Die Preise allerdings auch. Die Landwirtschaft bekam Vertrauen zu ihm. Denn auch politisch stand er der Rechten keineswegs fern. Er war nicht gerade deutschnational, aber er hatte doch viele Berührungspunkte mit den Agrariern. Insofern war er in mancher Hinsicht ein Fremdkörper in der links gerichteten Regierung. Seine Geschmeidigkeit ließ ihn aber sowohl das sozialistische Kabinett Hermann Müllers wie auch die Regierungen Fehrenbachs und Wirths überleben.“

Von den persönlichen Anlagen ist nach Dombrowski Darstellung recht wenig geblieben. Er sieht ihn als völlig gereinigt aus dieser Affaire hervorgehen. Man darf gespannt sein, ob Dombrowski dieses Urteil noch aufrecht erhalten wird, wenn er die vorstehenden neuen Mitteilungen lesen wird. Es wäre sehr wünschenswert, wenn er wahr machte, daß er sich an seine Taten halten wolle, ehe er sich ein abschließendes Urteil über ihn bildet. Von dieser Erwägung ausgehend, wird man wohl erwarten dürfen, daß er, nachdem er seinen Lesern Hermes von der Vorderseite gezeigt hat, nun auch die Rückseite zeigen wird.

Praktische proletarische Politik

Erfolge der U.S.P. in Sachsen

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Die reinsozialistische Regierung Sachsens, die auf Drängen der U.S.P. gebildet worden ist, besteht seit anderthalb Jahren. Nur wenige gab es, die ihr eine solche Lebensdauer zutrauten. Es hat sich aber herausgestellt, daß sie sich im Laufe der Zeit immer mehr festigte, und dazu trugen nicht zuletzt die fortgesetzten Angriffe der Bürgerlichen bei. Der erste große Versuch in Deutschland, auf parlamentarischem Wege die Kräfte des Proletariats zusammenzufassen und sie im Interesse des Sozialismus einzusetzen, darf als gelungen bezeichnet werden. Die Differenzen im proletarischen Lager sind, soweit Landesangelegenheiten in Frage kommen, nur untergeordneter Natur, und die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß diese Gemeinsamkeit auf die Weiterentwicklung des Sozialismus im Lande günstig einwirkt.

Dabei aber waren anfangs die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Die Kommunisten erklärten, daß sie nur auf die günstige Gelegenheit warteten, die Regierung zu stürzen; daß sie ihre Tätigkeit so aufnahmen, die sozialistischen Parteien vor der Masse der Arbeiterklasse zu demaskieren. Doch hart im Raume stießen sich die Sachen! Es ist inzwischen bekannt, daß die Leitung der kommunistischen Partei Sachsens längst nicht mehr diese Auffassung hat, wenn sie sie jemals befaßt. Einsichtige kommunistische Kreise wissen ganz genau, was die Regierung als Stützpunkt gegen die konterrevolutionären Kräfte und für die Anbahnung fortschrittlicher Maßnahmen wert ist. Nur noch schlecht verhält, treten sie deshalb auch für die Bewilligung des Etats ein. Die Sinnänderung der Kommunisten spiegelt sich durch nichts deutlicher wider als durch diese Absicht. Allerdings haben die kommunistischen Mitglieder selbst die nötige Einsicht für die Situation, die eine Kräftevergeudung des Proletariats zum Verbrechen stempelt, noch nicht gewonnen. Und das kompliziert die Lage und beeinträchtigt auch die Handlungsfreiheit der kommunistischen Führer.

Würde doch dieser Tage von bürgerlicher Seite aus sogar kolportiert, die Kommunisten seien bereit, einen Minister in die Regierung zu stellen. Die sensationslüsternen Bürgerlichen verbreiteten die Nachricht, um vorzubeugen zu wirken. Doch ist fürs erste ihre Angst unbegründet. Auf einer Konferenz der R.P.D. Ostachsens trat das recht drastisch in Erscheinung. Die kommunistischen Mitglieder, noch in der letztenhaften Einstellung wie zur Zeit der Hallenser Spaltung befangen, sind nicht erbaud über die gemeinsame proletarische Front im Lande und erklären, daß es ihnen gleichgültig sei, ob eine bürgerliche oder sozialistische Regierung das Ruder führe. Es ist freilich nur noch ein Bruchteil des Proletariats, der solche Gedanken hegt. Und das wissen gleichfalls die kommunistischen Führer: In einer Wahlschlacht, die entbrennen würde, weil die Regierung gesprengt worden wäre, würde das Gros des sächsischen Proletariats zusammenstehen. Wie würde sich die Sprengung der sozialistischen Front durch die Kommunisten mit der neuesten Parole der kommunistischen Zentrale vertragen: Heran an die Massen? Warten wir also ab, wie sich die Kommunisten aus der Zwischmühle, in die sie gerieten, herauswinden werden. Dem Zwang der Entwicklung können sich ihre Anhänger nicht verschließen, und wie sich ihre Theorien schon verflüchtigt haben, so wird auch ihre praktische Betätigung nicht mehr nur rein illusionär sein können.

Wir erleben ja daselbe bei dem anderen Extrem der Arbeiterbewegung, bei den Rechtssozialisten. Anfangs erbitterter Widerstand gegen die Bildung einer rein sozialistischen Regierung! Der rechte Flügel der S.P.D. wünschte die Verbindung mit der Deutschen Volkspartei. Er unterlag mit wenigen Stimmen. Der Dresdener und Leipziger Bezirk bildete sein Rückgrat. Was aber geschieht nun? Die Dresdener Rechtssozialisten haben gegen ganz wenige Stimmen eine Entschließung gefaßt, in der sie sich für eine entschiedene Politik, für die Erfassung der Sachwerte, gegen die Kompromittiertheit ihrer Reichstagsfraktion und gegen die Koalition mit Stinnes aussprechen. Diese Resolution hat zweifellos Bedeutung, wenn es auch falsch wäre, aus ihr schon die baldige Möglichkeit der Einigung des Proletariats herauszulesen. Jedenfalls wächst auch im rechtssozialistischen Flügel der Arbeiterbewegung die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Das stärkt die Hoffnung, daß die Verwirrung der Arbeiterbewegung überwunden wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat seit ihrem Bestehen in der Richtung eines konsequenten Klassenkampfes gewirkt. Unaufhörlich arbeitete sie daran, die Vorauseinandersetzungen für die Vereinigung des Proletariats zu schaffen. Sie setzte ihre Kraft ein, die reformistischen und putschistischen Illusionen zu beseitigen. Indem sie in Sachsen für eine reinsozialistische Regierung eintrat, tat sie nichts anderes. Wo Möglichkeiten der proletarischen Kräfteverfassung gegeben sind, müssen sie bis zum letzten ausgenutzt werden. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Sachsen hat inzwischen erwiesen, daß dieser Politik die Zukunft gehört. Der Erfolg ist auf Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Deutschlands Leistungen aus dem Friedensvertrag

Paris, 7. März.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, durch die sie die bis zum 31. Dezember 1921 von Deutschland erfolgten Leistungen bewertet. Die Liste lautet wie folgt:

- I. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen
 - a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen: 1 041 419 000 Goldmark.
 - b) Einnahme aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgt: 1. Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teiles von Schleswig-Holstein 65 000 000 Goldmark. 2. Verkauf der zerstörten Kriegsmaterialien 40 960 000 Goldmark. 3. Verschiedenes 657 000 Goldmark.
 - c) Einnahmen aus der Durchführung der Abgabe von eingeführten deutschen Waren in England (Recovery Act) 36 136 000 Goldmark.Insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.
 - II. Sachleistungen (Schätzungswerte)
 - a) an alliierte und assoziierte Mächte. 2 760 250 000 Goldmark.
 - b) Verkauf an Luxemburg, an die Textilallianz der Vereinigten Staaten usw. 39 092 000 Goldmark.Insgesamt 2 799 342 000 Goldmark.
- Unter I und II sind also insgesamt eingegangen 3 983 514 000 Goldmark.
- III. (Schätzungswerte). In den abgetretenen Gebieten übernommene Staatsvermögen nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter Ib) 1. bereits verrechnet sind 2 504 342 000 Goldmark.
- Insgesamt: 6 847 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die von Deutschland restituierten Gegenstände, für die es keinen Anspruch auf Güter besitzt. Ferner die von Deutschland direkt an die Besatzungsarmeen geleisteten Zahlungen in Papiermark, Sachleistungen und Diensten; schließlich die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach dem Wortlaut des Friedensvertrages zur Last fallen.

Der Gesamtbetrag in Höhe von etwa 6 1/2 Milliarden Goldmark kann für folgende Posten Verwendung finden: 1. Rückzahlung der Vorschüsse zur Erleichterung der Kohlenlieferung aus Grund des Abkommens von Spa in Höhe von etwa 390 Millionen Goldmark. 2. Befehungskosten bis zum 1. Mai 1921, soweit sie durch die Zahlung in Papiermark und in den oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind. 3. Reparationen.

Die Mitteilung bemerkt ferner, daß die vorläufige Abschätzung der Zahlungen und Leistungen bis zum 1. Mai 1921, die letzterzeit eine Gesamtschätzung von etwa 7 1/2 Milliarden ergab, die obenstehende Abschätzung bis Ende des Jahres 1921 demnach um ungefähr eine Milliarde übersteigt. Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die vorläufige Abschätzung der Leistungen bis 1. Mai 1921 folgende Posten umfaßt habe, die in der anderen Abschätzung nicht enthalten seien: Zahlungen Deutschlands für seine Verpflegung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, direkte Leistungen Deutschlands an die Besatzungsarmeen durch Zahlungen in Papiermark, Warenlieferungen und Dienstleistungen, schließlich die Kosten der verschiedenen Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen. Dagegen umfaßt die Abschätzung bis zum Ende des Jahres 1921 folgende Posten, die in der vorläufigen Abschätzung der Leistungen bis zum 1. Mai nicht enthalten waren: Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, soweit dessen Wert nicht durch Barzahlungen eingelöst wurde, und die Zahlungen und Lieferungen in natura zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 1921 in Höhe von ungefähr 1 400 000 000 Goldmark.

Balfours Rede ungenügend

London, 8. März.

Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, die Stellung der Koalition sei durch Balfours gestrige Rede nicht gebessert worden, sogar die gemäßigten Konservativen seien durch die Rede enttäuscht. Balfour habe den Unruhestiftern im unionistischen Lager keine Zurechtweisung erteilt. Der Berichterstatter schreibt außerdem, Lloyd George habe gestern einen ruhigen Tag verbracht und fühle sich etwas besser. Er beabsichtige, morgen nach Criccieth zu gehen, und hoffe, heute in einem Kabinetsrat den Vorhitz führen zu können. Eine der Fragen über die entschieden werden müsse, sei die beantragte Bewilligung von 850000 Pfund Sterling zur Linderung der Hungersnot in Rußland. Der Berichterstatter sagt weiter, die Konferenz von Genua und die Aussichten auf eine bessere Lage Europas seien eine Herzenssache Lloyd Georges. Wenn nicht die Rücksicht auf die Konferenz von Genua gewesen wäre, würde der Premierminister jetzt zurücktreten. Eine Verschiebung der Konferenz von Genua über den 10. April hinaus werde nicht stattfinden.

Der Schlitten, die Wölfe und die „Kreuzzeitung“

In der Heilmannschen „Sozialistischen Korrespondenz“ wurde gestern ein Artikel über die Steuerpolitik veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Es handelt sich heute für Deutschland um das Leben und Sterben eines ganzen Volkes. Zahlen und Fronen müssen wir, müssen wir noch lange. Da bleibt keine Wahl. Das Ziel der ganzen Erfüllungspolitik kann lediglich darin bestehen, Zeit zu gewinnen. Es ist eine Jagd auf Leben und Tod, es ist die Jagd des Schlittens vor den hungrigen Wölfen der Steppe.“

Die „Kreuzzeitung“ gibt diese Sätze mit der Bemerkung wieder, daß sich ihrer kein deutschnationales Blatt zu schämen brauche und schreibt dann weiter:

„Das Bild ist gut. In der Tat, das gehetzte deutsche Volk befindet sich auf der Flucht vor den hungrigen, gierigen Entente-Wölfen. Das Ziel ist, Zeit zu gewinnen. Die „Sozialistische Korrespondenz“ beipflichtet nun, was jedesmal aus dem Schlitten geworfen werden kann, um die Wölfe vom Sprung in den Schlitten abzuhalten. Wir glauben, damit kann sich wohl ein Schlitten vor wirklichen Wölfen in Sicherheit bringen, niemals aber das deutsche Volk vor den Entente-Wölfen, zu denen auch Franzosen gehören. Es gibt viele russische Geschichten, die solche Fahrten auf Leben und Tod schildern. Nicht alle enden unglücklich für die Gehehen. In einem Schlitten plösch ein Bauer so große Kraft in den Armen, daß er jeden springenden Wolf packte, erwürgte und den anderen zum Fraß vorwarf. In einer anderen Geschichte wird erzählt, wie die Fährten in dem fremden Schlitten gerade noch zur rechten Zeit ein Gewehr und Munition fanden, von dem die Wölfe nichts wußten.“

Es kommt schließlich immer darauf an, was für Männer in dem Schlitten sitzen.“

Das Märchen der „Kreuzzeitung“ ist unvollständig. Es gibt auch andere russische Geschichten, die in allerdings etwas modernisierter Form die alte Fabel von dem Schlitten und den Wölfen wiedergeben. So heißt es in einer dieser Geschichten, daß die Inassen des Schlittens dem früheren Kaiser, der den Schlitten erst in Gefahr gebracht hatte, ganz energisch über den Mund fuhren, als er von verrosteten Waffen zu fesseln anfing und den Vorschlag machte, Feuer gegen die Wölfe zu eröffnen. Dem großmäuligen Worthelden wurde vielmehr der vollgefällte Rucksack, den er verpackt hielt, fortgenommen und sein Inhalt solange den hungrigen Wölfen dorgeworfen, bis der Schlitten und seine Inassen sich außer Gefahr befanden.“

Die „Kreuzzeitung“ hat recht, wenn sie zum Schluß bemerkt, daß es schließlich immer darauf ankommt, was für Männer in dem Schlitten sitzen. Wir sind derselben Ansicht. Wenn in dem deutschen Schlitten Männer und nicht Memmen sitzen, so wäre die „Kreuzzeitung“ heute nicht in der Lage, durch ihre Märchenzählungen das deutsche Volk zu verhöhnen und unter der Maske des Biedermannes

die Aufmerksamkeit von den inneren Wölfen abzulenken, die dem Volke weit gefährlicher sind als die äußeren Gegner.

Zwangsanleihe und Steuerkompromiß

In der bürgerlichen Presse erscheinen allerlei Mitteilungen über die vorausgesetzliche Gestalt der Zwangsanleihe. Das sind aber alles nur Kombinationen, denn weder der Reichswirtschaftsrat noch der Steuerausschuß des Reichstags hat sich bisher mit diesen Plänen beschäftigt. Soviel wir wissen, findet erst heute eine Sitzung der Regierungsparteien statt, in der das Finanzministerium seine endgültigen Pläne über die Zwangsanleihe darlegen wird. Bis zur Beratung der Zwangsanleihe im Steuerausschuß des Reichstages werden also noch einige Tage vergehen. Die Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist infolgedessen auch unrichtig, daß bereits am Donnerstag die zweite Lesung der Steuervorlagen im Plenum des Reichstags beginnen werde. Das wird frühestens Anfang der nächsten Woche der Fall sein können.

Die „Vossische Zeitung“ polemisiert in einem Artikel „Zwangsanleihe und Koalition“ gegen einige rechtsgerichtete Blätter, die sich über Treibereien gegen das Steuerkompromiß, die Zwangsanleihe, die große Koalition“ beschwerten, die angeblich von gewissen Gruppen im Reichswirtschaftsrat ausgehen sollen. In diesem Artikel wird u. a. auch die allgemeine Wirkung des Steuerkompromisses dargelegt und zwar in einer Weise, die einer völligen Bestätigung der von uns und der Unabhängigen Reichstagsfraktion von Anfang an vertretenen Anschauungen gleichkommt. Es heißt da:

„Die Vossische Zeitung“ hat das Projekt der Zwangsanleihe von Anfang an kritisch und skeptisch beurteilt, ebenso kritisch und skeptisch wie die ganze Finanzpolitik, die jetzt durch das Steuerkompromiß festgelegt werden soll. Sie hat diese Haltung eingenommen, weil sie der festen Überzeugung ist, daß mit den Mitteln dieser Finanzpolitik weder die Sanierung des inneren Budgets und die wirksame Bekämpfung der Inflation, noch eine einigermaßen ausreichende Deckung unserer äußeren Reparationsverpflichtungen erreicht werden kann. Sie wendet sich gegen eine Finanzpolitik, und wird sich immer wieder gegen sie wenden, die das eigentliche oder vielmehr das ausschließliche Ziel, das ihr gesetzt ist, niemals zu verwirklichen vermag und die Entwicklung unserer Finanzen und unseres Geldwesens immer stärker und immer rascher in österröische Bahnen lenkt. Sie hat sich im Besonderen auch gegen die Zwangsanleihe gewandt, weil es von vornherein offenkundig war, daß der Reparationsbedarf, den die Zwangsanleihe decken sollte, mit ihrer Hilfe in der notwendigen, verhältnismäßig kurzen Frist nicht aufgebracht werden kann, und weil die Umlegung dieser Last auf der vorgeschlagenen Basis, wenn sie mit einiger Beschleunigung erfolgen sollte, die Gefahr neuer harter Inflation mit sich brächte.“

Auch der Schluß des Artikels der „Vossischen Zeitung“ ist bemerkenswert:

„Und ebensowenig können wir uns natürlich für einen Finanzminister bedauern, der das taktische Kompromiß der Parteien über die sachlichen Notwendigkeiten stellt und eine Finanzpolitik treibt und vertritt, die nicht aus dem Sumpfe heraus, sondern immer tiefer in ihn hineinführt. Die Person ist uns völlig gleichgültig, und jeder Finanzminister, welcher Partei immer er angehört mag, ist uns willkommen, der endlich eine wirkliche und wirksame finanzielle Sanierungspolitik einleitet. Die Person gilt uns nur, weil und soweit sie Fähigkeit und Energie zu fruchtbarem Handeln für das Ganze aufbringt. Dieser Gesichtspunkt bestimmt unsere Haltung gegenüber jedem verantwortlichen deutschen Staatsmann. Auch dem obersten Leiter der deutschen Politik können und werden wir auf die Dauer nur folgen, wenn unter seiner Führung Wege gefunden werden, die Erfüllungspolitik, die wir nach wie vor für die einzig mögliche halten, zielbewußt in der Praxis der Wirtschaft und der Finanzen zu verwirklichen. Wir brauchen nicht nur erfüllungspolitischen Willen, sondern auch die positiven Ideen, die die Erfüllungspolitik mit den Notwendigkeiten wirtschaftlicher und finanzieller Sanierung verbinden, und die Entschlossenheit zur Ausführung dieser Ideen.“

Also auch die „Vossische Zeitung“ sieht jetzt in der schlechten Finanzpolitik der Regierung eine Gefährdung ihrer richtigen Außenpolitik. Das sollte doch der Regierung zu denken geben und zeigen, wie groß die Gefahr ist, die sie mit der Ernennung eines völlig unqualifizierten, der rechten Politik ungemäßen nahestehenden Mannes zum Finanzminister auf sich nimmt.

Die Not der Presse

Vor einer Katastrophe

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger beruft zum 13. März eine außerordentliche Hauptversammlung nach Weimar ein, um Stellung zu nehmen zu der überaus kritischen wirtschaftlichen Lage der deutschen Presse, die zu einer Katastrophe der Presse zu führen droht. Der Versammlungsankündigung entnehmen wir folgende, von der Leserschaft viel weniger gewürdigten Tatsachen:

Wer den Dingen fernher sieht, kann sich einfach nicht vorstellen, in welcher rapiden Weise sich alle wirtschaftlichen Grundlagen der Presse zu deren Ungunsten verhalten haben. Der Papierpreis, der in Friedenszeiten für die Presse keine wesentliche Rolle spielte, steht gegenwärtig auf dem Bierzigfachen und wird mit größter Wahrscheinlichkeit zum 1. April auf das Sechzig- bis Siebzigfache des Friedenspreises steigen. Auch der Laie kann sich sagen, was eine so ungeheure Verteuerung bedeuten will; auch er kann ohne weiteres verstehen, daß damit eine Erhöhung aller Preise bei den Zeitungen eintreten muß, die von weiten Schichten einfach nicht mehr getragen werden kann.

Vielleicht das Ungeheuerlichste ist, daß der Verleger über den 1. April hinaus nicht kalkulieren kann, da heute noch nicht einmal das feststeht, auf welchem Preis das Druckpapier zum 1. April stehen wird. Die Papierfabriken erklären, noch nicht in der Lage zu sein, einen festen Preis anzusetzen zu können. Auch die Regierung hält sich in Schweigen darüber, welches Ausmaß bis dahin die Frachttarife, die Kohlenpreise und die staatlichen Holzpreise — die staatlichen Waldungen spielen bei der Papierholzlieferung die ausschlaggebende Rolle — erreicht haben werden. Je nach dem wie diese Faktoren sich auswirken werden, je nach dem würde der Rohpapierpreis über das oben angegebene Maß des 60- bis 70fachen des Friedenspreises noch hinausgehen!

Selbstverständlich ist ein Teil der wirtschaftlichen Verschlechterung der Presse auf das allgemeine Elend und die allgemeine Not zurückzuführen, und es wäre unbillig, zu verlangen, daß hier auf Kosten der Allgemeinheit der Presse geholfen würde. Verlangen darf man aber, daß im Rahmen des Möglichen den besonderen Bedürfnissen der Presse Rechnung getragen wird. Zu verlangen wäre demnach einmal die Beibehaltung jener Sonderbesteuerung, der die Presse durch die Inkeratensteuer unterliegt. Zu verlangen ist weiter, daß die Eisenbahntarife wieder so differenziert werden, wie das einst der Fall war, und daß für Zeitungspapier und zeitungsniedrige Spezialtarife wieder eingeführt werden. Mindestens vorübergehend ist darüber hinaus zu verlangen, daß den Papierfabriken — was durch eine Suspension der Kohlensteuer ohne weiteres zu erreichen ist — das erdenkliche Kontingent an Kohlen billiger geliefert wird, das sie zur Herstellung des für Deutschland notwendigen Zeitungsdrukspapiers brauchen, und daß weiter die Posttarife für die Versendung der Zeitungen der ungeheuren Notlage angepaßt werden, die gegenwärtig für die Presse besteht.

Die hier aufgestellten Forderungen werden von dem Verein Deutscher Zeitungsverleger als Mindestprogramm aufgestellt, zu dessen Verwirklichung er die gesamte Presse und die politischen Parteien aufruft. Es muß in der Tat gefordert werden, daß endlich einmal von den in Frage kommenden Körperschaften der ungeheuren Notlage der Presse Rechnung getragen werde. Daran hat auch die Arbeiterschaft ein eminentes Interesse. Wenn schon die Vertretung der bürgerlichen Presse über den katastrophalen Notstand der Zeitungen spricht, so haben die Arbeiterzeitungen noch viel mehr Veranlassung, gegen die Ausweitung der Presse durch die hohen Papierpreise usw. aufzutreten, da sie weder über die Millionenfonds zahlreicher bürgerlicher Blätter noch über jene gewaltigen Einnahmen aus dem Inkeratengeschäft verfügen, die den meisten großen Blättern die Existenz gewährleisten. Wie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens werden die arbeitenden Massen auch im Zeitungswesen von der allgemeinen Notlage und der zunehmenden Teuerung am härtesten betroffen. Will die Arbeiterklasse nicht eine ihrer wichtigsten Waffen im Befreiungskampf, ihre Presse, verlieren, so muß sie mit aller Energie darauf drängen, daß von der Regierung endlich einschneidende Maßnahmen zur Behebung der Notlage im Zeitungsgewerbe verwirklicht werden.

Die Arbeitslosigkeit in England. Das Arbeitsministerium teilt mit, daß die Zahl der vollkommen Erwerbslosen Ende Februar etwa 1 837 000 betragen hat. Die Zahl der Erwerbslosen ist also in den letzten vier Wochen um über 97 000 gesunken.

Frankfurter Goethewoche

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Die Frankfurter Goethewoche, die mitfeiern soll, die Geburtsstätte des Unsterblichen zu retten, neigt sich ihrem Ende zu. Sie war weit mehr als eine Veranstaltung in lokalem Rahmen. Eingeleitet durch eine sympathisch ausgenommene Ansprache des Reichspräsidenten, wurde sie in ihrem Laufe immer mehr ein Symbol neuer Geistigkeit, an dem auch die Arbeiterklasse nicht ohne Beachtung vorbeigehen kann. Vier Festvorstellungen: „Egmont“, „Jaubert“, „Iphigenie“ und „Tasso“ mit Ansprachen von Gerhart Hauptmann, Rudolph G. Binding, Thomas Mann und Fritz von Unruh bildeten den Hauptinhalt der Festwoche.

Hier kam es zum ersten Male zum Bruch mit der altgewohnten Art offizieller Festlichkeiten, bei denen die äußere Form alles, der Inhalt meist recht minderwertig war. Schlicht und würdig wurde hier geworben, nicht allein, um die Geldmittel zur Rettung des Goethehauses aufzubringen, sondern auch Goethe selber erst einmal verständlich zu machen. Ueber dem Ganzen lag eine Stimmung künstlerischer Bornehmtheit, die selbst der polternde Thomas Mann nicht ganz zerören konnte, der steif und kalt bis ans Herz, wie ein vergessener Student, am Manuskript lebend, mit fahler Geistigkeit seine bekannte, vielbelächelte Aternalide aufstellte: entweder radikalistisch-humanitär oder konservativ-human. Versteht sich, daß er den „Blutleeren Pazifismus“ höhrend, sich für das konservative Ideal entschied. Wir wollen nicht von sinnlosen Schlagworten reden, aber diese Geistigkeit, die zwar leuchtet, aber nicht wärmt, soll der Teufel holen. Der Ringen, der rein „Geistigen“ haben wir übergenug, der Mangel an Verantwortung ist wahrhaft beschämend.

Wie ganz anders doch, trat Fritz von Unruh, dessen Ansprache am Freitagabend vor der Tassaufführung wohl den Höhepunkt der Festwoche bildete, vor sein Publikum.

Ein mutiger, aufrechter Mensch sprach da zum Menschen, Herz zum Herzen. Aufrüttelnd und begeistert zugleich rief er dem Publikum zu:

„Ihr Weisen, wo wart Ihr? Warum führt ihr nicht im Namen Goethes unser Volk durch das Jahrhundert hinaus in die Kraft des Seins? Warum duldet ihr es, daß die heilige Erbschaft seines Wertes verstaubt in den Bibliotheken stand, während die Namen von Göttern auf allen Schiffen und Bildsäulen prangten? Führt nicht erst kürzlich wieder der erste Lloyd-Dampfer unter dem Namen „Seydlitz“ ins Weltmeer hinaus? Warum nicht unter dem Namen Goethe oder Bach, Mozart oder Beethoven, Hölderlin, Schiller und Kleist? Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist!“

Und weiter sagte er:

„Euch Jungen aber, auf den Schulen und Universitäten, die Ihr weder den Todeschred noch die neue Lebensvision in den Adern tragt, die ihr immer noch hinter homerischem Waffenglimmer die Erfüllung des Mannes sucht und an Hermanns Schwert poehnd das Wachstum unserer Volkseele stören wollt: Euch rufe ich das Wort des letzten Cäsar des Erdballs zu, das er auf Helena an seinen Sohn schrieb:

„Ich war genötigt, Europa durch Waffen zu händigen. Der nach mir kommt, wird es zu überzeugen haben, denn immer wird der Geist den Degen besiegen.“

Nun, woher kam Napoleon solches Wort? — Er hatte in Goethes Augen gesehen.“

Besonderer Dank gebührt an dieser Stelle auch dem verdienstvollen Leiter des Vereins für Volksbildung, Dr. Epstein, der die Wiederholung der Ansprache Fritz von Unruhs im Volksbildungsheim anlässlich des Goetheabends der Gewerkschaften ermöglichte.

Ueber das finanzielle Ergebnis ist bis jetzt noch nichts Näheres bekannt. Fast noch wichtiger blüht uns die geistige Bilanz. Die sich sehr distrikt im Hintergrund haltenden Veranstalter dürfen das Verdienst für sich buchen, einen Markstein errichtet zu haben, der, wie wir hoffen, einen Wendepunkt in dem bisherigen viel zu sachmännlichen viel zu wenig menschlichen Goethe-Kult in Deutschland bedeuten wird. Waldemar

Die Arbeiterschaft rettet die Kunst

Die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs bringt es mit sich, so schreibt Rudolf Olden in einer Nummer der „Blauen Hefie“, daß in Wien noch mehr als anderwärts Arbeiter und Angestellte vom normalen Theaterbesuch fast völlig ausgeschlossen sind. Es sind nun seit 1910 sechs Organisationen entstanden, die ihren Angehörigen den Theaterbesuch zu hohem ermäßigten Preisen ermöglichen. Die zuerst begründete und weitmas stärkste ist die Kunststelle der Bildungszentrale der sozialdemokratischen Partei, die heute materiell wie künstlerisch einen wichtigen Einfluß auf das Wiener Theaterleben ausübt. Ihr Gründer und Leiter ist David Bach, der feuilleton-„Chef, Kunst- und Theaterkritiker der „Arbeiter-Zeitung“.

Die Kunststelle taugt im allgemeinen zwei Drittel bis drei Viertel der Höhe zu bestimmten Vorstellungen. Sie vertreibt sie durch Abgabe an die angeschlossenen Gewerkschaften, Bezirksorganisationen usw. Der Preis, den sie an die Theater zahlt, ist (s. bemerken, daß die Logenstellen durch ihn und den Erlös aus dem restlichen Viertel Karten mehr als bedeckt ist. Die Preise der Plätze, die aus allen Kategorien genommen sind, für die einzelnen Theaterbesucher beträgt jetzt zwischen 60 und 450 Kronen, während ein normaler Parkettplatz durchschnittlich etwa 2000 Kronen kostet! Der Preisunterschied

ist also ein sehr wesentlicher, obwohl die Theater bei diesem Modus noch profitieren. Zu dieser Verbilligung trägt auch die Gemeinde Wien bei, indem sie sechs Prozent der städtischen Luftabkeitssteuer der Kunststelle widmet. Der Umsatz der Kunststelle betrug im Dezember 1921 über zehn Millionen Kronen. Durch ihre Vermittlung wurden im September 18 000, im Oktober 23 000, im November 42 000, im Dezember 31 000, im Januar 43 000 Menschen ins Theater geführt. In diesem Winter war es das Raimundtheater, das in erster Linie von den Arbeitern besucht wurde; dort fanden zum Beispiel im Dezember 23 Vorstellungen der Kunststelle statt. Sonst kommt hauptsächlich das Deutsche Volkstheater in Betracht, in der letzten Zeit wurde auch zu Aufführungen in Operetten-Theatern übergegangen, doch nur für klassische Operetten, die dadurch dem Spielplan gerettet werden.

Abgesehen von diesen Veranstaltungen wird für Arbeiter und Angestellte auch in den Staatstheatern gespielt, im Burgtheater dreimal und in der Oper einmal monatlich. Die Preise sind dieselben wie in den Privattheatern. — Die Kunststelle kann ihren Abnehmern die Stüdeauswahl nicht diktieren. Sie ist darauf angewiesen, daß ihre Plätze auch gekauft werden, und tatsächlich ist sie so geführt, daß ihren Abnehmer-Bereinen Karten fast nie liegen bleiben.

Es ist bedeutungsvoll, das von den Arbeitern ausgeübte Programm zu betrachten. Wir nennen aus diesem Winter: Florian Geyer, Boyzel, Richard der Dritte, Emilia Galotti, Der Geizhals, Der eingebildete Kranke, Der Wissenschaftler, Peter Brauer. Die Troerinnen des Euripides waren von der Burgtheaterdirektion abgelehnt, als das Arbeiterpublikum noch vier Vorstellungen ermöglichte.

Neuerdings ist die Kunststelle aus dazu übergegangen, mit jeweils zusammengestellten Ensembles in weit entfernten Vorstädten in den Fabriken selbst zu spielen. Auch bei dieser „Gespelbühne“ ist das literarische Niveau hoch.

Die organisierten Arbeitnehmer sind heute ein sehr bedeutender Faktor in der Wiener Theaterwirtschaft. Die Arbeiterschaft rettet die Kunst im Theaterbetrieb! Es ist nicht selten, daß Theaterdirektoren sich zu der Inflationierung eines ersten und wertvollen Stückes erst entschließen können, wenn die Kunststelle die Abnahme einer Reihe von Vorstellungen zugesagt hat. Die Kunststelle kann dies tun, weil sie sich auf die Empfindlichkeit der Arbeiter für ernste Kunst verlassen kann.

Operns Wiederaufbau. Die Engländer, die bei ihren Schicksalsdelichen Opern besorgungen, werden bald nicht mehr in der Lage sein, die materiellen Ruinen bei Mondheim zu „bewundern“. Der Wiederaufbau macht in der Stadt, wie ein Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet, große Fortschritte. Opern räumt sich heute, so schreibt der Besucher, „seiner vier Banken, seines Anns, einer Anzahl von Hotels und Garagen. Reihen von hässlichen Häusern, die funkelnelneun sind, entstehen aus den Ruinen, und jeder baut sich sein Haus selbst. Da man keine

Sipo und Arbeiterjugend

Ein Skandal ohnegleichen

Als in der vorigen Woche die Hermsdorfer Arbeiterjugend nach ihrer Wochenversammlung sich durch den Bahntunnel nach Hause begab, wurde sie ohne jeden ersichtlichen Anlaß von dem Wachtmeister Hillmann angegriffen. Er packte eine der Jugendgenossinnen am Zetteltasche und schüttelte sie heftig, so daß sie gegen die Tunnelwand taumelte. Damit nicht genug, nahm er drei der durch den Lärm herbeigelaufenen Jugendgenossen, die ihn zur Rede stellten, fest, beschimpfte sie in unflätiger Weise und beförderte sie zur Wache. Auf dem Wege dahin wurden sie genötigt, die Hände auf dem Rücken zu halten, und es wurde ihnen verboten, mit einander zu sprechen, „wegen Verdunkelungsgefahr“, wie sich der Beamte ausdrückte. Jedem Versuch der Festgenommenen, sich zu unterhalten, folgte ein Stoß, ein Schütteln und Schimpfen seitens des Sironannes. Auch die Dienstpistole spielte eine Rolle. Sie wurde nicht nur auf die begleitende Menschenmenge gerichtet, sondern es wurde geschossen werden, wenn die Leute nicht zurückblieben, auch die Verhafteten wurden bei verschiedenen Gelegenheiten mit Niederstößen bedroht, und die Waffe wurde auf sie gerichtet.

Die Behandlung auf der Wache war nicht besser. Auch wurden die Verhafteten beschimpft und wie schon vorher mit „in die Presse hauen“ bedroht. Besonders verfuhrte der Mann durch diese Brutalitäten und unflätigen Drohungen aus den Verhafteten das Geduldsmaß zu erschöpfen, von wem ein aus der Menge gegen ihn ausgestoßenes Schimpfwort gefallen sei. Bei der Verhandlung bezeichnete der Beamte die Sozialdemokraten als „Hanswürste“ und vertag sich zu der Prophezeiung: „Wartet nur, wenn es wieder so kommt wie früher, dann werden wir Euch schon knechten!“

Dieser Kitter des E. A. 1. und 2. Klasse ist offenbar von der Kriegspolizei noch nicht genesen und glaubt, die von ihm bewiesene Tapferkeit vor dem Feinde auch gegen harmlose und durchaus ordentlich sich benehmende junge Arbeiter und Arbeiterinnen verhalten zu sollen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident aber sollte ihm nachdrücklich zu Gemüte führen, daß die Schutzpolizei durch derartige Brutalitäten das Vertrauen und die Achtung des Volkes unendlich erschüttern kann.

Aus den Bezirken

Infolge gesteigerter Ankosten wird der Preis für die Quäterspeisung in Neukölln von 6. d. M. auf 1 Mark je Portion erhöht. In Fällen festgestellter Bedürftigkeit kann ausnahmsweise die Bezahlung in der bisherigen Höhe (0,40 M.) auch weiterhin zugelassen werden.

Im Bezirksjugendamt Wilmersdorf, Badensche Str. 43/44, Zimmer 86, ist eine Bücher-Umtauschstelle eingerichtet worden, in der an jedem Donnerstag, von 4-6 Uhr nachmittags, den Kindern unentgeltlich eine gute Jugendschrift gegen Abgabe eines Schundheftes ausgehändigt wird, ohne daß dabei das Kind nach seinem Namen oder nach der Herkunft des Buches befragt wird. Für gute Beratung der Kinder ist Sorge getragen worden. Lehrer und Vertreter von Jugendverbänden haben sich in den Dienst der Sache gestellt. In jeder Schule und bei jedem Elternbeirat befinden sich Verzeichnisse von Schundliteratur einerseits und empfehlenswerter, guter und billiger Jugendschriften andererseits.

Die Bezirksversammlung des 14. Verwaltungsbezirktes (Neukölln), welche am 1. März tagte, arbeitete die Reste der vorangegangenen Sitzungen auf. Ein Antrag, der die Wiedereinstellung aller am Streik Beteiligten verlangte, wurde gegen die U. S. P. D. und A. P. D. abgelehnt. Eine vom Gen. Fischer begründete Anfrage wegen Verlegung des Kinderhortes erweckte eine sehr lebhaft geführte Debatte, in welcher trotz der heftigen Angriffe der Bürgerlichen unser Gen. Löwenstein die Mehrheit des Hauses auf seiner Seite fand. Die besondere Aktivität unserer Fraktion bewies nach der Annahme derselben: daß zur Verbeugung der Arbeitslosigkeit Straßenaufbauten vorgenommen werden müssen; ferner ein Antrag, der verlangt, daß das Tempelhofer Feld nicht für einen Verkehrsbehälter hergegeben wird, sondern, daß auf demselben ein Volks- und Sportplatz errichtet wird. Mit aller Schärfe setzte sich unser Redner Gen. Kaditz für diesen Antrag ein, so daß derselbe einstimmig angenommen wurde. Dann kam eine Anfrage zur Verhandlung, nach welcher die Lehrerin Fr. Sachse mit ihren Schülerinnen am 27. Januar dem „Delireur in Hauke Dooten“ ein Telegramm sandte. Erfolgreich war, daß alle drei Arbeiter-Fraktionen in aller Schärfe das ungebührliche Verhalten der bürgerlichen Vertreter rügten. Auf der Tribüne sand sich diesmal ein Kreis zusammen, der, mit Ferngläser um bewaffnet, den besonders frechen Ausführungen des Herrn Dr. Bierbach lauschte. Er sprach, und die Gänge schnatterten den Takt dazu.

Elternbeiräte!

Die Versammlung im Sophien-Gymnasium findet nicht heute, Mittwoch, sondern erst morgen, Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr, statt. Sie ist einberufen vom Aktionsausschuß der Elternbeiräte der U.S.P.D., S.P.D. und A.P.D. Tagesordnung: „Die Berliner Gemeindeschulen als Seuchenherde“. Zahlreicher Besuch ist im Interesse der Sache geboten. Das Sophien-Gymnasium befindet sich Weinmeisterstraße 15 (nahe Bahnhof Vorst).

Christliche Intoleranz. Für die weltliche Schule sollte der bekannte sozialistische Pfarrer Bieder, Charlottenburg, im Bezirk Waldenburg i. Schlef., anlässlich einer Agitationsversammlung am vergangenen Sonnabend sprechen. Die vorgelesene Behörde des Herrn Bieder hat ihm aber in letzter Stunde per Kohlpfostbrief den Eintritt der Rede verboten. Hoffentlich erteilen die Arbeiter, die am Sonnabend vergeblich auf den Referenten gewartet haben, der Kirche auch die einzig richtige Antwort, indem sie ihren Austritt anmelden.

Die Weiterverwendung der Steuerkarten von 1921 ist in diesem Jahre gesetzlich unzulässig. In der letzten Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die leeren Markenblätter aus den Steuerkarten des Jahres 1921 zum weiteren Einschicken der Steuermarken für 1922 benutzt haben. Das ist nach den bestehenden Bestimmungen unzulässig. Die Steuerblätter, die jeweils vor Beginn des Steuerjahres ausgestellt werden müssen, gelten nur für das betreffende Steuerjahr, das mit dem Kalenderjahr übereinstimmt. Die Steuermarken für 1922 dürfen daher nur in die für dieses Jahr ausgestellten Steuerbücher eingeschickt werden.

Behrangung für Spinnenklöppeln. Die seit einer Reihe von Jahren an der 1. Städtischen Wahlfortbildungsschule für Mädchen und Frauen, Berlin SW. 61, Johanniterstr. 8, bestehenden Kurse zur Förderung der Kunst des Spinnenklöppelns erfreuen sich von Halbjahr zu Halbjahr eines ständig wachsenden Zulaufs. Der Unterricht beschränkt die Ausbildung von Mädchen und Frauen im Klöppeln so weit, daß sie diese schöne Kunst als Liebhaberarbeit, aber auch als Heimarbeit verwerten können, vorausgesetzt, daß sie den ganzen Lehrgang, der vier wöchentliche Unterrichtsstunden umfaßt und zwei Halbjahre dauert, beendet haben. Fortgeschrittenen Schülerinnen wird auch Gelegenheit gegeben, das Spinnenklöppeln und Musterzeichnen für Klöppeln zu erlernen. Anmeldungen für das Sommerhalbjahr, welches am Montag, den 3. April beginnt, werden täglich von 8-8 Uhr in der Geschäftsstelle der oben bezeichneten Schule entgegen genommen.

Gewerkschaftliches

Wo sitzen die Zerstörer?

Auf unsere gestrige Darstellung der in der letzten Zeit von den Kommunisten in Berliner Gewerkschaften angewandten Kadapolitik im allgemeinen und der im Bauarbeiter-Verband hierdurch hervorgerufenen Krise im speziellen antwortet die „Rote Fahne“ mit einer leidenschaftlichen Replik, die unsere angeführten Tatsachen nicht zu erschüttern vermag.

Jetzt, da wir nun diese erbärmliche Politik der Kommunisten anprangern, stellt sich das besagte Organ hin und erklärt in der Pose eines Unschuldswengels, daß ihre Gefolgsleute gar nicht diejenigen Zerstörer sind, im Gegenteil, sie hätten ihre Genossen aufgefordert, im Verband zu bleiben usw. Kurz, der Trick des „Haltet den Dieb“ wird angewandt, der aber nicht mehr verfährt. Solange die „Rote Fahne“ diese von uns dargelegten Methoden ihrer Anhänger deckt, solange wird ihr Schwur — „unter allen Umständen die Einheit der Organisation zu erhalten und alle jene, die diesem Bestreben im Weg stehen, rücksichtslos entfernen“ — eine eiserne Fessellei sein und bleiben. Das mögen sich die „Rote Fahne“ und ihre Parteigänger gelöst sein lassen.

In unserem Aufsatz hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Von Brandler soll es nicht heißen, daß er ausgewiesen, sondern ausgetrieben ist.

Metallarbeiterstreik in Ostpreußen!

Uebst Solidarität!

In Ostpreußen stehen die gesamten Metallarbeiter seit Anfang Februar d. J. im Streik. Die Gründe, die die Arbeiter zu diesem Schritt zwangen, waren einmal die Löhne, die in sehr vielen Betrieben für den gelehrten Arbeiter nicht viel höher sind als die Entschädigung, die der Lehrling im Westen Deutschlands im vierten Jahre seiner Lehrzeit erhält.

Die Firma F. Komnid in Elbing leistete sich z. B. in Schundlöhnen ein ganz besonderes Stüchchen, und laut einer Bekanntmachung vom 10. Februar gewährt sie Stundenlöhne für gelehrte Arbeiter von 3,20 bis 4,70 Mark; angeleitete Arbeiter erhalten 2,70 bis 4,50 Mark, und Ungelehrten mag man Stundenlöhne von 2,80 bis 4,30 Mark zu bieten! Dazu kommt, daß der Auktundentag übertreten wird, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und die Beschlüsse der Schlichtungsinstanzen sabotiert werden und die Lebenshaltungskosten in Ostpreußen ebenso hoch wie anderwärts sind. Erschwert wird dieser Kampf durch die „revolutionäre“ Arbeiter-Union, die, wie uns mitgeteilt wird, entweder aus bodenlos dummen Leuten oder bezahlten Subjekten der Unternehmer besteht.

Noch niemals war deshalb ein Kampf so unvermeidlich wie dieser. Die ostpreussischen Metallarbeiter haben ihn aufgenommen und sind gewillt, denselben durchzuführen, bis die Unternehmer ihren Kräften an Grenzen wahr grenzenden Herrenstandpunkt aufgeben und Löhne bewilligen, die auch den ostpreussischen Metallarbeitern ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

Die Arbeiter im Reich fordern wir auf, strengste Solidarität zu üben, jede Teilarbeit, die von ostpreussischen Firmen der Metallindustrie herkommt, abzulehnen und vor allem jeden Zuzug von Metallarbeitern nach Ostpreußen fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Ein sauberer Betriebsrat

Uns wird von unabhängiger Seite mitgeteilt: Der sich bisher kommunistisch gebärdende, jetzt aber angeblich von der A. P. D. abgestützte Betriebsrat des Hotel Eplanade in Berlin hat unter taufälliger Mitwirkung der Direktion der obigen Firma folgenden Pamphlet am schwarzen Brett dieses Großbetriebes angeschlossen lassen:

Ausweis. Inhaber dieses Scheines ist laut Erklärung vom 18. Februar 1922 nicht gewerkschaftlich organisiert. Er hat deswegen das Recht, an den Versammlungen der Unorganisierten des Hotels Eplanade sowie an den Wahlen zu Betriebsvertretungen der Unorganisierten teilzunehmen.

Dieser Schein ist nicht übertragbar und ist zurückzugeben, sobald Inhaber sich irgendeiner Gewerkschaft anschließt, welche Tarife für das Hotelgewerbe tätigt.

Der Betriebsrat des Hotel Eplanade Berlin.

Der obige Witz zeigt nur zu deutlich, zu welcher Gefahr für die Arbeitnehmer ein verbrecherischer Betriebsrat werden kann. Der Ausweis hat weiter keinen Zweck, als die Arbeitnehmer dieses Betriebes zum Austritt aus der gewerkschaftlichen Organisation zu pressen. Die Direktion unterstützt diesen sauberen Betriebsrat deswegen, weil, wenn die Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, dieser „Betriebsrat“ wahrscheinlich sehr bald zum Teufel gesagt sein würde. Unglaublich ist die Frechheit dieser Leuten, die sich einfach über die durch die Verfassung festgelegte Koalitionsfreiheit hinwegsetzen, und glauben, auf solch saubere Art dem Gesetz ein Schnippen schlagen zu können. Den Arbeitnehmern aber sollte dieser Vorgang eine Warnung sein, und sich ihre Leute, die sie in den Betriebsrat wählen, und wenn sie sich noch so kommunistisch gebärden, aber gerade deswegen sehr genau anzusehen! Neugierig sind wir, welchen Verlauf das eingeleitete strafgerichtliche Vorgehen nehmen wird. Wir hoffen, daß es in der Republik noch Richter geben wird, die auch den Arbeitnehmer vor derartigen Elementen, wie dieser alias Betriebsrat, schützen werden.

Zum Kapitel überschüssige Kräfte

Verschiedentlich haben wir an dieser Stelle über die Wirtschaftlichkeit staatlicher und kommunaler Betriebe uns geäußert und die Frage der „überschüssigen Kräfte“, die auf einmal, nach den letzten beiden Streiks, aufgeworfen wurde, besprochen. Wir machten auch Vorschläge technisch-organisatorischer Natur für Betriebe und erklärten, daß durch eine großzügige Verwaltungsreform viel Arbeit vereinfacht und erspart werden könnte. Wir verlangten auch, daß unparteiische Sachkommissionen die überschüssigen Kräfte zunächst feststellen sollten, damit man überhaupt weiß, wo diese stehen und Vorschläge zur Wirtschaftlichkeit aller in Frage kommenden Betriebe und Ämter nach großzügigen Gesichtspunkten machen könnten.

Inzwischen veröffentlichten wir ein Stilleben vom Schlesischen Bahnhof, wo früher ein Beamter den Dienst leitete, während jetzt deren fünf sind, die in höheren Gehaltsstufenklassen stehen und sich in die „Arbeit“ teilen! Das nennt man dann in der Sprache Groenens wissenschaftliche Betriebsweise, die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe herbeiführen solle!

Jetzt sind nun auch die Zahlen aller bei den Reichsbehörden beschäftigten Angestellten und Beamten bekannt geworden, die wir bereits veröffentlichten. Da ergibt sich die nette Anzahl von 171 148 Personen, deren Gehälter die Summe von 6 062 153 251 M. ergeben. In dieser Zahl sind aber die Beamten und Angestellten der Länder und Gemeinden nicht enthalten.

Wie wird nun diese Riesensumme „beschäftigt“, jahraus, jahrein, ohne daß die Arbeit aufhört? Darauf gibt uns ein Geheimer Regierungsrat Fritz Krüger in einem Aufsatz in Nr. 107 des „Berliner Tageblatts“ eine Antwort, der „Die notwendige Reform der Reichsverwaltung“ überschrieben ist.

Der Verfasser teilt da reizende Internas mit. Die ganze Reichsverwaltung befindet sich in einem Zustande der inneren Gärung, die neu geschaffenen Ministerien stürzen sich auf jede Arbeit, auch wenn sie ihnen nicht zusteht. Ressortleiterfüßteleien treten stark in die Erscheinung, verantwortliche

Sachen werden weitergestoßen, das Ministerium muß sich dann mit jedem Dreck befassen, kurz, ein total ungelunder Zustand.

Sobald dieser Zustand aber eintritt und er ist jetzt überall zu beobachten kam es zu Kompetenzstreitigkeiten und Doppelarbeit die zu einer Vergebung von Kräften und Zeit notwendig führen mußten. Wenn z. B. Fragen über Stadtkaffee in drei Ministerien, Fragen über Holzherzeugung und Vertrieb auch in mehreren bearbeitet werden so ist das ein Unding.

Wir wissen nun ungefähr an welchen Stellen unrationell gearbeitet wird und wo wirklich überschüssige Kräfte sind. Diese müssen einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden und ein gelunder Zustand herbeigeführt werden. Diese hier aufgezählte Wirtschaftlichkeit läßt sich vom Himmel und mit ihr aufzuräumen, und sogar radikal ist eine Lebensnotwendigkeit. Wir verstehen aber diesen Abbau nicht in der Weise, daß alle hohen und höchsten Beamten, die diese Verhältnisse einrichten ließen, ruhig in ihren Ämtern belassen und die einzelnen Arbeitsbienen entlassen werden, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten muß diese Reorganisation ehestens vorgenommen werden.

Solidarität!

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Ortsgruppe Berlin, gibt einen Jahresbericht für 1921 heraus. Unseren Genossen dürfte noch der große Streik im letzten Jahre in Erinnerung sein, der über einen Monat andauerte und große Aufwendungen erforderte. Nur durch tatkräftige Mithilfe seitens der anderen Berliner Organisationen konnte dieser Kampf aufrechterhalten und durchgeföhrt werden. In dem Bericht finden wir die dem Verband überwiesenen Unterstützungsbeträge, die die Summe von 578 877,50 M. erreichte. Darunter befinden sich Einzelbeiträge von 100 000 M. der Transportarbeiter und 150 000 M. der Metallarbeiter.

Dieser praktische Solidaritätsakt kann jeden Gewerkschafter mit Stolz erfüllen, zeigt er doch wie innig verbunden unsere Organisationen untereinander sind, die, wenn ein Einzelverband in Gefahr gerät, sofort tatkräftig beizutreten, um die Situation und die Interessen der Kämpfenden zu retten.

Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung

Wie der Pariser „Peuple“ mitteilt, hat der französische Beamtenbund (Fédération nationale des syndicats de fonctionnaires, 5, Rue de Poitiers, Paris) am 15. Januar auf der neuen Lage in der Gewerkschaftsbewegung, wie sie jetzt durch die Spaltung geschaffen wurde, folgendermaßen Stellung genommen:

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß der Beamtenbund sich dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund gleich nach den Mai-Ereignissen 1920 (dem unglücklich verlaufenen Generalstreik der Eisenbahner) angeschlossen hat, also zu einem Zeitpunkt, als dieser erfolgt war. Er hat dadurch der Arbeiterklasse die Zusage seiner vollsten Solidarität gegeben.

Der Beamtenbund bezeugt der Arbeiterklasse, der die Beamten übrigens selbst angehören, erneut seine immer entschiedeneren Anhänglichkeit, wie auch dem allen Arbeitern gemeinsamen gewerkschaftlichen Ideal.

Der Bund beklagt die aus den Spaltungen der Arbeiterklasse sich ergebende Schwächung, die zudem zu einer Zeit erfolgt, in der die Arbeitgeberorganisationen sich noch stärker zusammenschließen, den Lohnabbau zu erzwingen und die Abschneidung aller Arbeiterrechte betreiben.

Er beauftragt das Bundesbureau, sobald wie möglich alle Schritte zu tun, die geeignet erscheinen, die Einheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen.

In dem Bestreben, diese Einheit innerhalb der Bundesorganisationen aufrechtzuerhalten, beschließt der Bundesausschuß, die Entnahme der Mitgliedsarten und Beitragsmarken des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes bis zur Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu vertagen.

U. S. P. Mitglieder der Bergmannwerke, Kolonial. Am Freitag, den 10. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schneider, Hauptstraße, eine Fraktionsversammlung statt. Vollständiges Erscheinen aller Genossen notwendig. Parteiausweis ist mitzubringen. — Der Fraktionsvorsitzende.

Generalversammlung des Deutschen Portierverbandes. Am Sonntag, den 5. März, fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelwer 25, die Mitgliederversammlung des Deutschen Portierverbandes (Sektion VII des Deutschen Transportarbeiterverbandes) statt. Sektionsleiter Leube gab den Geschäftsbericht, an den sich eine lebhaft Diskussions angeschlossen. Als Sektionsleiter wurde Leube einstimmig wiedergewählt. Zum zweiten Sektionsleiter wurde Bielow und zum Schriftführer Walterstein und Meyer gewählt. Auf Dieler und Fiedler fiel die Wahl als Bezirksverwaltungsmitglied.

Gemahregelte der künftigen Betriebe. Am Freitag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, findet eine Vollversammlung aller noch ausgesperrten der Gemeindebetriebe in Wolfs Gewerkschaftshaus, Neukölln, Kirchhoffstraße, statt. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht der Beschwerdekommision. 2. Unterstützungsaktion für die Gemahregelten.

Jugendbewegung

Gen. Vertreterjugend Neukölln. Karten für die Schulentlassungsfeier sind ab Freitag, 10. März, beim Genossen Schildhauer, Seggerstr. 5, 2 Tr., zu haben. Die Jugendgenossen werden gebeten, recht viel Karten anzufahren.

Parteiveranstaltungen

Neukölln. Bezirksleiter. Karten zur Schulentlassungsfeier der S. P. J. sind beim Jugendgenossen W. Schildhauer, Seggerstr. 5, 2 Tr., zu haben. Die Parteigenossen werden gebeten, ebenfalls Karten zu verteilen.

Mittwoch, 8. März

U. S. P. Wählerkreis Berlin-Karlshagen. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Zeichenlokal der Schule Kuno-Wilhelm-Strasse. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Bolmershaus: „Meine Eindrücke von meiner Auslandreise“.

Donnerstag, 9. März

1. und 4. Bezirk. Der Karuss für Elternbeiräte und Funktionäre der Freien Schulgemeinde beginnt abends 7 Uhr im Konferenzzimmer der Gemeindeschule Waldensir. 20.

Freitag, 10. März

1. Verwaltungsbezirk, 1., 2. und 3. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der engeren Verbände sowie Stadt- und Bezirksleiter und Obste und stellvertretende städtische Kommissarien.

2. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Bezirk. Männerchor U. S. P. veranstaltet um 7 1/2 Uhr im Schindlers Gesellschaftshaus, Prussstr. 306, für Parteimitglieder einen Familienabend verbunden mit Konzert, Gesang, Regitation und Tanz. Eintritt frei. Keine Beitrittskarte erfordern.

15. Verwaltungsbezirk (Treptow). Kommunale Kommission. Im Zimmer 11 der Gemeindeschule Kiebitzschenebe Kanterweg der Abteilungsbücherei. 10 1/2 Uhr Sitzung nach vertretener Zeit.

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf, Tegel, Wittmann, Hermsdorf). Abends 7 Uhr Vollversammlung der Elternbeiräte des genannten Bezirks und aller Schulen in der Aula der 4. Gemeindeschule, Reinickendorf-Platz, Postamtplatz. Eintritt unbedingte Pflicht.

8. Bezirk (Wedding). Mitgliederversammlung des Bezirks abends 7 Uhr im Saal der Gemeindeschule Köpenicker Str. 47-48. Vortrag: Die Frau in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Referentin: Genossin Seeger, Korrespondent Genossin Kistler.

Spandau. Völliglich 8 Uhr Karuss des Gen. Eggert über Sozialismus.

Sonntag, 11. März

18. Verwaltungsbezirk (Pentow usw.). 6 1/2 Uhr im Zimmer 17, Rathaus Pentow. Sitzung der kommunalen Kommission. Sämtliche Orte müssen vertreten sein.

Vereinskalender

Freitag, 10. März

Wald-Korben III. Mitgliederversammlung abends 7 1/2 Uhr im Kell. „Zum Hoggend“, Müllerstr., Ede Seestr. Tagesordnung: Delegiertenwahl zum Bundeskongress.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Anzeigenenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kowalewski, Berlin — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin — Druck des Berliner Druckers G. m. b. H., Berlin G. 2, Berlin Strasse 50

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankiertes Briefumschlag beiliegend ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Ausland.